

# Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger:  
Gebr. Anhold, Dresden  
und Schf. Steinböck.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenndorf und Dresden-Albstadt

Genusspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Soll und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig.  
Einzelnnummer 15 Goldpfennig.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 281  
Verständnis: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 281  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreis: die 29 mm breite Wapenzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Vertriebsleistung 10 Pf.

Nr. 47

Dresden, Montag den 25. Februar 1924

35. Jahrg.

## Friedensvertrag und Kultur

Seit Jahren windet sich das deutsche Volk unter dem Druck der unmöglichen Friedensbedingungen, durch die Deutschland untragbare Lasten auferlegt wurden. Alle Kreise Deutschlands sind sich darüber einig, daß das deutsche Volk versuchen möchte, die Ketten des Friedensvertrages zu lockern, wenigstens um man nur über die Methode, noch der dieier Kampf zu führen sei. Wenn es nach der äußersten Notwendigkeit und der äußersten Dürftigkeit gegangen wäre, hätten wir erklärt, wir seien auf die Friedensbedingungen und hätten es den verbündeten Staaten überlassen, mit Deutschland zu machen, was sie wollen. Glücklicherweise haben die Anhänger einer solchen Deserationspolitik ihren Willen nicht durchsetzen können. Sonst wäre noch viel größerer Elend über das deutsche Volk gekommen, und es würde heute ein deutsches Reich überhaupt nicht mehr geben. Die andre Methode war die von der Sozialdemokratie befürwortete und unterhöltete Erfüllungspolitik. Die Anhänger der Erfüllungspolitik waren sich stets darüber klar, daß eine völlige Erfüllung der Friedensbedingungen nicht möglich sei. Sie haben aber ein, daß eine Revision der Friedensbedingungen nur erreichbar sei, wenn Deutschland sein Möglichstes tue, um zu erfüllen, weil nur dann die Völker die Unmöglichkeit der Friedensbedingungen einsehen würden. Diese Erfüllungspolitik ist besonders von dem Kabinett Wirth befolgt worden, und dem Umstande, daß die Regierung Wirth, die in der ganzen Welt großes Vertrauen noch genossen hat, haben wir es wahrscheinlich zu verdanken, daß die Verhandlung mit ihren schwereren Rücksichten für das deutsche Volk gekommen ist.

Wäre die Erfüllungspolitik nicht von gewissen Kreisen in Deutschland mannhaltig sabotiert worden, so würde es heute dem deutschen Volk besser gehen. Aber mit so viel Schwächen die Erfüllungspolitik in Deutschland zu kämpfen hatte, so hat sie doch zu einem guten Teil ihr Ziel erreicht, wenn wir auch noch lange nicht über den Berg sind. Immer stärker wird die Stimmung auch in den Entente-Ländern für eine Revision des Friedensvertrages. Dazu hat freilich der sehr schwerwiegende Anknüpfungspunkt beigetragen, der den Nationen in den Entente-Ländern zuzuführen wurde. Die englischen Arbeiter haben die Verhütung der Weltwirtschaft, die der Friedensvertrag zur Folge hat, mit gewaltiger Arbeitslosigkeit bezahlet. Wenn in England die Arbeiterpartei zur Herrschaft gekommen ist, so ist das über nur einen Teil ein Ausdruck der Tatsache, daß ein großer Teil des englischen Volkes eine Revision des Friedensvertrages wünscht. Die französische Wirtschaft ist durch das schnelle Sinken des Frank, eine Folge der französischen Gewaltspolitik, von der Gefahr der völligen Verfallung bedroht. Diese für Frankreich verhängnisvolle Entwicklung hat die Stellung des Vertreters der französischen Gewaltpolitik, Poincaré, stark erschüttert. Am Sonntag hielt sein Vorgänger im Amt des Ministerpräsidenten, Briand, der vielleicht über kurz oder lang wieder das Steuer der französischen Politik in die Hand nehmen wird, eine Rede, in der er, wenn auch in sehr vorsichtiger Form, die französische Unterdrückungspolitik kritisierte. In entzündlicher Weise wendete sich an denselben Tage der englische Innenminister Henderson gegen den Friedensvertrag, der zweifellos dem Grundstab der dem Waffenstillstand vorausgehenden Vereinbarungen, unter denen Deutschland die Waffen streifte, entgegensteht. Das hat derartiges Reden heute gehalten werden können, ist ein Erfolg der von der Sozialdemokratie stets geforderten und unterstützten Erfüllungspolitik.

Es ist ein Beweis für die politische Unreife weiter Teile des deutschen Volkes, wenn sie sich, wie die letzten Wahlen zeigen, gerade jetzt, wo sich die Erfolge der sozialdemokratischen Politik zu zeigen beginnen, gegen die Sozialdemokratie wenden. Man macht die Sozialdemokratie für alle Unheil verantwortlich, die sich infolge der drückenden Friedensbedingungen ereignet haben, die die Partei, deren Wirken es zum guten Teil zu danken ist, wenn heute Aussicht auf eine Revision dieser Friedensbedingungen besteht. Weil die Sozialdemokratie in den letzten Jahren einen gegenüber der Vorkriegszeit vermehrten, aber leider nur aus geringem Einfluß des Volks, gibt man ihr die Schuld an der Not des deutschen Volkes. Wenn aber das Elend breiter Volksschichten so groß geworden ist, so nicht deswegen, weil die Sozialdemokratie zu viel, sondern weil sie zu wenig Macht hatte. Am weitestgehend ist die Politik in Deutschland nicht bestimmt worden durch die Sozialdemokratie, sondern durch die bürgerlichen Parteien.

Der Verfall unserer Währung hätte nicht so katastrophal zu werden brauchen, wenn entsprechend den Forderungen der Sozialdemokratie rechtzeitig tief genug in den Vorkriegsstand der Beständen hinuntergerufen worden wäre und wenn nicht eine unverantwortliche Reichsbankpolitik inflationären Inflationsgewinnern Millionen und Abermillionen in den Schoß geworfen hätte. Trotz des Elendes des deutschen Volkes konnte eine kleine Zahl von überaus reich in den letzten Jahren Vermögen von vielen Millionen Goldmark ansammeln. Demgegenüber steht die Verelendung von Schichten, die sich früher eines wenn auch bescheidenen Wohlstandes erfreuten. Besonders schwer litten unter der Entwicklung der letzten Jahre der Mittelstand und zumal die sogenannten geistigen Arbeiter.

Am Sonntag veranstaltete das Schuttkrieg für die notleidende Kulturschicht Deutschlands eine Kundgebung für diesen gefährdeten deutschen Mittelstand. Der deutsch-

parteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Everling erhob lebhaft Klagen über den drohenden Zerfall der deutschen Kultur. Nach ihm sprach der Reichskanzler Dr. Brüning, der ausführte, die Intelligenz habe Anspruch darauf, in den weitesten Schichten der Bevölkerung zu finden, namentlich in den Kreisen der Kapitalfrüchtigen. Dem Reich sei es von sich aus infolge seiner Finanzlage nicht möglich, dem Mittelstand die notwendige Unterstützung zuteil werden zu lassen. Wer heute noch so fürchte er weiter aus, übermäßigen Luxus treibe, der stoße sich selbst aus den Reihen der pflichtbewußten Deutschen.

Wir wissen zur Genüge, wie wenig praktischen Wert derartige Ermahnungen haben. Gerade bei neuen Reichen der Nachkriegszeit werden sich durch keinen Reichskanzler davon abhalten lassen, für unnützen Tand ihr Geld zum Fenster hinauszuerwerfen. Wer auch dann, wenn sie sich entschließen, erhebliche Teile ihres Geldes für kulturelle Dinge herzugeben, so entstehen daraus große Gefahren. Das Großkapital tut nichts umsonst. In Amerika werden die Universitäten zum Teil von den Dollarherrschaften unterhalten. Dafür verlangen diese Leute auch Einfluß auf die Besetzung der Professorenstellen. Wird die Wissenschaft von dem Wohlwollen des Großkapitals abhängig, ist es mit ihrer Freiheit vorbei. In Deutschland sehen wir, wie die Stimmungs- und Kompanie ihre Mittel dazu benutzen, um eine Zeitung nach der andern zu kaufen. Sie wollen die Macht, die ihnen ihr großer Geldsack verleiht, noch dadurch erhöhen, daß sie die öffentliche Meinung beherrschen. Sehr gefährlich wäre es, wenn auch unsere Hochschulen von dem Wohlwollen dieser Leute abhängig würden.

Gewiß ist es notwendig, daß die großen Mittel unserer Goldmarkmillionäre für kulturelle Zwecke nutzbar gemacht werden, aber deswegen soll man sie nicht um Spenden anflehen, sondern der Staat muß sich aus ihrem Geldbeutel freilassen. Der Staat muß sich das Recht vorbehalten, was er für kulturelle Zwecke braucht. In der Unabhängigkeit unserer geistigen Lebens vom Kapital sollten vor allen Dingen die „geistigen Arbeiter“ ein Interesse haben. Für sie müßte der Gedanke unerträglich sein, daß Lehre und Forschung auf die Gnade von Wohlherrschaften und Erbschaften angewiesen sein könnten. Deswegen müssen gerade sie sich dagegen wenden, daß Hochschulen und Forschungsinstitute auf freiwillige Spenden des Großkapitals aufgebaut werden, sie müssen vielmehr mit der Sozialdemokratie eine Steuerpolitik fordern, die dem Staat gibt, was er für die Förderung kultureller Zwecke braucht. Weil die Politik im neuen Deutschen Reich so sehr dem Großkapital diene, hat der Friedensvertrag die deutsche Kultur in

viel höherem Maße gefährdet, als das sonst der Fall gewesen wäre und nur wenn eine Steuer- und Wirtschaftspolitik getrieben wird, wie sie die Sozialdemokratie fordert, wird es gelingen, die Gefahren zu bannen, die heute infolge der Wirkung des Friedensvertrages der deutschen Kultur drohen.

### Englischer Vorstoß gegen Versailles

London, 24. Febr. Minister Henderson befragte sich in Bezug auf die internationale Lage unter Bezugnahme auf die Revision des Versailler Vertrages. Er sagte: Es ist nicht gelungen, einen gerechten und dauerhaften Frieden zustande zu bringen. Die Politik, die nach dem Waffenstillstand angenommen wurde, hat Europa Elend, Ruin, Hunger, Krankheit und Tod gebracht. Die Aufgabe, der die Regierung gegenübersteht, ist nicht nur die Frage, wie die Entschädigung eingehalten werden, sondern wie verhindert werden kann, daß der Ruin weitere Fortschritte macht. Es ist unsere Aufgabe, einen wirklichen Frieden zu schaffen, Handel und Verkehr wieder herzustellen und sie auf eine so feste Grundlage zu setzen, daß die Welt niemals wieder von einer ähnlichen Gefahr bedroht wird. Daher müssen alle auf der Revision von Versailles als einer ungebundenen Notwendigkeit bestehen, ebenso wie auf einer Lösung des ungelösten Reparationsproblems. In Bezug auf die territoriale als auch die wirtschaftliche Seite des Versailler Vertrages ist eine Revision seit langem überfällig. Der Vertrag ist zweifellos dem Grundgedanken der dem Waffenstillstand vorausgehenden Vereinbarungen, unter dem Deutschland die Waffen streifte, entgegensteht. Der Vertrag enthält territoriale und wirtschaftliche Klauseln, die Tatsachen abengnen, die sowohl dem Vordringen als dem Wille nach in öffentlichen Erklärungen enthalten sind, die von den alliierten Staatemännern während des Krieges abgegeben wurden. Die Bestimmungen des Vertrags verletzen den Zweck, von den besiegten Ländern unmögliche Summen als Entschädigung herauszupressen unter der ertümelnden Annahme, daß das wirtschaftliche Leben mancher Länder zerstört werden könne, ohne daß dies das Wirtschaftsleben anderer Länder berührt.

Henderson schloß die Rede mit dem Hinweis, auf welchem Standpunkt die Regierung stehe. Der Premierminister werde die nötige Atmosphäre zu schaffen, und er hoffe, daß Schritte durch eine Weltkonferenz, durch den Völkervertrag oder durch beide unternommen würden, um zu sehen, ob man nicht zu dem Standpunkt zurückkommen könne, der von dem verstorbenen Präsidenten Wilson im Gegensatz zu der Politik der alliierten Staatemänner in den Jahren 1915, 1916 und 1917 eingenommen wurde.

### Briand meldet sich

Der Vorgänger von Poincaré, Briand, mußte als Ministerpräsident zurücktreten, weil er nicht der imperialistischen Gewaltpolitik war, den die imperialistischen Machtinteressen Frankreichs brauchten, um die Politik durchzuführen, die Herr Poincaré in den letzten zwei Jahren so brutal gemacht hat. Nun, da sie Frankreich finanziell ruiniert und politisch isoliert hat, beginnt man von dieser Politik abzurücken. Die Stimmen melden sich, die für Verhandlungen, für Verständigung, für Abkommen eintreten. Sie finden auch mehr Beachtung als bisher. Nun meldet sich auch Briand. In einer Rede in Carcassonne erklärte er, er habe

## Baut Wohnungen!

„Die Finanzierung des Wohnungsbaues und die Wohnungswirtschaft der Zukunft“, ist der Titel einer kleinen Schrift des Regierungsrates Arno Hoppe, die jedoch im Verlag der Günter'schen Stiftung, hierzulande, erschien. Der Verfasser will eine klare Linie zeichnen, auf der sich seiner Meinung nach alle vereinigen können, die dem Wohneigentum ernstlich zu Leibe wollen.

Auch die Geschichte der Wohnungswirtschaft bezeichnet Verfasser als eine solche der verfallenen Gelegenheiten.

Im Augenblick aber hat die Frage der Wohnungsbaubehaltung eine Wendung genommen, die zu ernstlichen Bedenken Anlaß gibt. Die dritte Steuernotverordnung will die Wohnungswirtschaft der Zukunft auf neue Grundlagen stellen. Sie ordnet die Aufwertung der Hypotheken, verpflichtet die Länder, die Mieten bis auf den Friedensstand aufzuwerten und ermächtigt sie, das Reichsmietengesetz außer Wirkung zu setzen. Sie führt eine Mietzinssteuer ein und stützt auf diese den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden; sie ordnet an, daß 10 v. H. des Ertrages dieser Steuer für den Wohnungsbau verwendet werden.

Der Finanzausgleich ist ein großes Ziel — aber die Mietzinssteuer ist dazu ein schlechtes Mittel, vor allem ein solches, das keine Dauer verspricht. Vom Standpunkte der Finanzpolitik sind Mietzinssteuern schlechterdings zu vermeiden. Der allgemeine Finanzbedarf des Reiches, der Länder und Gemeinden muß nach dem Grunde der Leistungsfähigkeit umgelegt werden. Die Höhe der Miete aber ist als Maßstab der Leistungsfähigkeit durchaus unbrauchbar (was in früheren Jahrzehnten schon oft nachgewiesen wurde). Hoppe nimmt diesem Nachweis ein großes Kapitel der Schrift und bringt zu den alten noch neue Einwände, die der heutigen Situation entspringen. An Unproduktivität ist die vorgeschlagene Finanzpolitik schwerlich zu überbieten.

Die Wohnungsbaufrage ist brennend und raschest in Angriff zu nehmen. In der freien Wirtschaft, wie immer noch oft behauptet wird, sind heute Wohnungen zu erschwinglichen Mietpreisen nicht herzustellen; Kreditverhältnisse und Zinsfuß verhindern dies. Die Schweiz, Holland und die Vereinigten Staaten unterstützen den Wohnungsbau mit öffentlichen Mitteln und selbst England müßte neuerdings staatliche Unterstützung gewähren, um die Bau-tätigkeit in Gang zu bringen. Die rasche Erhöhung der Mieten zu Finanzzwecken würde aber in vielen Fällen zu schweren Schäden führen und in sozialer Beziehung sehr be-

denklich sind. Jedenfalls darf die Wohnungsbaufrage nicht mit der allgemeinen Finanzpolitik verquickt werden.

Der Wohnungsnot wird man nur nach und nach durch ein System zunehmender, sorgfältig berechneter Maßnahmen Herr werden. Der ordentliche Arbeiter soll soviel verdienen, um eine behagliche Wohnung bezahlen zu können. Erst wenn der Friedensstand der Mieten wieder erreicht ist, wird Aussicht sein, die Wohnungsnot endgültig zu beheben. Damit soll aber nicht der Rückkehr zum Wohlstand der Vorkriegszeit das Wort geredet sein. Vielmehr muß in Zukunft erstens der Bauzinswandel hintangehalten, der gesamte Bedarf an neuen Wohnungen durch gemeinnützige Bautätigkeit gedeckt, die Vangensenschaftsbewegung auch von den Gemeinden durch eine vorausschauende Bodenpolitik gefördert werden; zweitens muß erstrebt werden, die Arbeiter den Massenwohnheimen der Großstädte zu entziehen, ihnen ein Kleinhaus mit Garten zuzureichen, wodurch zugleich drittens das Wohlstand der ländlichen Familien, das eine harte soziale Ungerechtigkeit darstellt, gemildert würde; viertens, zuletzt ist ein neues Mietrecht auf öffentlich-rechtlicher Grundlage unter den Gesichtspunkten des allgemeinen Wohles und der sozialen Notwendigkeiten zu schaffen. Das Recht der unbeschränkten freien Kündigung seitens des Vermieters darf nicht wiederkehren.

Mit den 10 v. H. der beschlagnahmten Mietzinssteuer (wie die dritte Steuernotverordnung will) würde man die in Sachsen zur Zeit fehlenden 50 000 Wohnungen in 25 Jahren bauen können — wenn inzwischen (was undenkbar) kein weiterer Bedarf zuwächst. Demgegenüber würden, wenn man 10 v. H. der Friedensmiete jährlich erhebt und zu Wohnungszwecken verwendet, und mit Hilfe von Hypotheken, wegen deren Regelung eine sächsische Landeswohnungsbank zu gründen wäre, die fehlenden 50 000 Wohnungen bei voller Verzinsung der angelegten Gelder in fünf Jahren erstellt werden können. Die Bank hätte auch die Bodenpolitik der Gemeinden mit billigen Krediten zu finanzieren.

Überregierungsrat Hoppe erhebt also die Forderung, die wir wiederholt vertreten haben, daß 10 Prozent der Einkommensteuer zum Neubau von Wohnungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Soffentlich entschließen sich Regierung und Landtag dazu, den Voranschlägen Hoppes zu folgen. Es gibt kein besseres Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit, als die Behebung des Wohnungsbaues, die unter den heutigen Umständen nur auf dem von Hoppe vorgeschriebenen Wege möglich ist.